



GEWALTSCHUTZ IM BEZIRK

Welche Projekte gibt
und braucht es in
Neukölln?

Seite 7



NEUKÖLLN KLIMAFIT

Stadtrat Jochen
Biedermann im
Interview

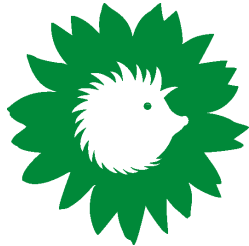
Seite 4



LEBENSWERTE KIEZE

Wie ist der Stand bei
den Kiezblocks?

Seite 10



NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 193, Ausgabe I/2024



Foto: Vincent Villwock

KINDER AUS DER ARMUT HOLEN

Neuköllner Bundestagsabgeordneter Andreas
Audretsch über die Kindergrundsicherung

37,9 Prozent der Neuköllner
Kinder und Jugendlichen unter
18 Jahren leben in Familien, die
Sozialleistungen beziehen. Kin-
der und Jugendliche, die in Armut

aufwachsen, können nicht gleich-
berechtigt am gesellschaftlichen
Leben teilhaben. Eine neue Win-
terjacke, passende Fußballschu-
he oder der Kinobesuch: Dinge,
die für alle selbstverständlich
sein sollten, sind es für viele
Neuköllner*innen nicht.

Fortsetzung auf Seite 2

Teilwiederholung der
Bundestagswahl für Berlin am
11.02.2024. Mehr auf Seite 2



INHALT

Mehr Beteiligung für
Neukölln & Berlin Seite 3

Emmaus-Wald
bleibt!?! Seite 6

Ausstellung
„Buried Memories“
eröffnet Seite 8

Untersuchungsaus-
schuss Rechter Terror
in Neukölln Seite 9

Und wie geht es der
Fraktion? Seite 11

24 Wünsche für ein
Grünes Jahr 2024 Seite 12

**HALLO
NEU
KÖLLN!**

UND TÄGLICH GRÜSST DAS (WAHL-)MURMELTIER

Für manch eine*n Neuköllner*in scheint der Gang zur Wahlurne zur Routine zu werden: Nachdem letztes Jahr die Berlin- und die Bezirks-Wahlen wiederholt wurden, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass auch die Bundestagswahl in Berlin zum Teil wiederholt werden muss. In Neukölln geht es dabei hauptsächlich um Wahlbezirke südlich der Ringbahn zwischen Britzer Damm und Sonnenallee sowie um einzelne Wahlbezirke im Bereich Harzer Kiez/Sonnenallee und um den nördlichsten Zipfel des Bezirks an der Kottbusser Brücke. Für uns ist die

die Wahl eine Gelegenheit, zu zeigen, dass es im Bund gerade jetzt nicht weniger, sondern mehr Grün braucht! Aber auch wer von der Wahlwiederholung nicht betroffen ist, muss sich nicht allzu lang gedulden: Am 9. Juni ist Europawahl! Wir wollen im Wahlkampf unsere Neuköllner Perspektive für ein soziales, nachhaltiges und solidarisches Europa der Menschenrechte stark machen.

Die Stachel-Redaktion



KINDER AUS DER ARMUT HOLEN

Neuköllner Bundestagsabgeordneter Andreas Audretsch über die Kindergrundsicherung

Fortsetzung von Seite 1

Schlechte Startchancen prägen viele Menschen ein Leben lang: Der Bildungserfolg hängt in Deutschland viel zu sehr vom Geldbeutel der Eltern ab – Aufstieg durch Bildung ist nur schwer erreichbar. Deshalb ist die Kindergrundsicherung gerade für Neukölln ein wichtiger Schritt für eine gerechtere Gesellschaft.

Im Bundestag arbeiten wir derzeit an der Kindergrundsicherung. Ab 2025 soll sie kommen. Dann ist Schluss mit Leistungswirrwarr und für Eltern gibt es nur noch eine Stelle: den Familienservice. Dieser zahlt den Garantiebtrag (das heutige Kindergeld – für alle Kinder in gleicher Höhe) sowie den Zusatzbetrag aus. Die Höhe des Zusatzbetrags ist abhängig vom Einkommen der Eltern. Während bisher viele Eltern mit wenig Einkommen nicht wissen, dass

sie Anspruch auf zusätzliche Leistungen vom Staat haben, wird sie zukünftig ein Kindergrundsicherungs-Check darauf hinweisen. Aus einer Holschuld der Bürger*innen machen wir so eine Bringschuld des Staates. So wird garantiert, dass alle Familien die Leistungen bekommen, die ihnen zustehen. Neben einer einfacheren Antragstellung wird es aber auch Leistungsverbesserungen geben – denn gegen Armut hilft vor allem Geld. Die Summe aus Garantiebtrag und Zusatzbetrag wird höher ausfallen als derzeit im Bürgergeld, der bestehende Zusatzbeitrag für Bildung und Teilhabe wird unkompliziert mitausgezahlt. Das Kindergeld haben wir bereits zum Jahr 2023 um bis zu 31 Euro auf 250 Euro monatlich erhöht – und zukünftig wird der Garantiebtrag jährlich mit der Inflation angepasst. Von der neuen Kindergrundsicherung werden vor allem auch

Alleinerziehende profitieren, die heute mit Bürgergeld aufstücken müssen: Die Regeln zur Anrechnung von Unterhaltseinkommen bedeuten deutlich mehr Geld für diese Familien. Mit der Kindergrundsicherung gehen wir wie schon mit dem Bürgergeld einen großen sozialpolitischen Schritt nach vorne. Der Staat geht auf die Menschen zu – anstatt sich hinter zehn verschiedenen Formularen bei fünf verschiedenen Behörden zu verstecken. Die Kindergrundsicherung ist ein wirksames Mittel, um Kindern und Jugendlichen ein besseres Aufwachsen zu ermöglichen. Wir machen die Unterstützung für Kinder besser, einfacher und zugänglicher – und damit unsere Gesellschaft ein großes Stück gerechter.



*Andreas Audretsch,
Mitglied des Bundestages
und Direktkandidat für Neukölln*

GEMEINSAM VISIONEN ENTWICKELN

Mehr Beteiligung für Neukölln und ganz Berlin



Das Tempelhofer Feld im Winter

Berlin ist geprägt von Bürger*innen, die ihren Kiez gestalten, Ideen einbringen, mitdiskutieren und sich bei Initiativen und Vereinen engagieren. Dieses Engagement ist unglaublich wertvoll und sollte der Ausgang für einen Austausch auf Augenhöhe sein. Anstatt sie weiter auszubauen, schränkt die Rückschrittskoalition aus CDU und SPD die Beteiligungsmöglichkeiten jedoch immer weiter ein. Was wir brauchen:

RESPEKTIEREN VON VOLKSENTSCHEIDEN:

Die Ergebnisse von Volksentscheiden müssen respektiert und umgesetzt werden. Die Pläne für das Tempelhofer Feld und die Frage bzgl. der Enteignung von Deutsche Wohnen & Co. sind Themen, bei denen sich die Stimme der Bürger*innen klar manifestiert hat. Diese Entscheidungen müssen umgesetzt werden, ohne Verzögerungen,

Hintertüren oder nachträgliche Änderungen.

STÄRKUNG BEZIRKLICHER ANLAUFSTELLEN FÜR BETEILIGUNG

Bezirkliche Anlaufstellen für Beteiligung – wie der MitmachLaden in Neukölln – sind wichtig, um Beteiligung auf lokaler Ebene zu fördern. Unterstützende Strukturen sind unabdingbar für eine lebendige Demokratie. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass die geplanten Kürzungen zurückgenommen wurden.

FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG BEI STADTENTWICKLUNGSPROJEKTEN:

Es ist unerlässlich, die Bevölkerung frühzeitig und auf Augenhöhe bei Stadtentwicklungsprojekten einzubinden. Die Problematik rund um den Umbau des Karstadt Gebäudes am Hermannplatz verdeutlicht, was passiert, wenn dies nicht

geschieht. Das Durchwinken der Pläne von umstrittenen, profitmaximierenden Immobilienkonzernen wie hier der SIGNA, ohne die Bedarfe der Stadt und der betroffenen Kieze einzubeziehen, ist kein gangbarer Weg. Die Etablierung eines Bürger*innenrats würde hier echte Mitbestimmung ermöglichen.

ERFOLGREICHE UMSETZUNG VON BETEILIGUNGSPROJEKTEN:

Wir sehen, wie Beteiligung funktionieren kann, wenn der Wille da ist. Unser grüner Stadtrat Jochen Biedermann zeigt bei Projekten wie der Umsetzung von verkehrsberuhigten Kiezblocks z.B. im Reuter- und Schillerkiez, dass eine erfolgreiche Beteiligung möglich ist. Hier werden Bürger*innen, Organisation, Schulen und Unternehmen aktiv in die Gestaltung der neuen Verkehrskonzepte ihres Stadtteils einbezogen. Dieser Ansatz sollte als Vorbild für weitere Vorhaben dienen. Beteiligung bedeutet aktiv einbinden, zuhören und unsere Kieze gemeinsam zu gestalten. Um das zu gewährleisten, braucht es neben der Bereitschaft auch finanzielle Mittel für die Umsetzung!



Susanna Kahlefeld,
Mitglied des
Abgeordnetenhauses
von Berlin

KLIMASCHUTZ LOKAL UND VOR ORT

Stadtrat Jochen Biedermann im Interview

IM MÄRZ 2023 WURDE MIT DER UMSETZUNG DES MODELL-PROJEKTS „KLIMARESILIENTE HASENHEIDE BEGONNEN. WAS HAT ES DAMIT AUF SICH?

Wir reagieren damit darauf, dass es der Hasenheide schlecht geht. Innerhalb von drei Jahren haben wir einen von

größten Park mit all seinen Funktionen für zukünftige Generationen bewahren. Wir pflanzen neue, klimarobuste Bäume und Pflanzen, lockern den verdichteten Boden wo heute kaum mehr etwas versickert und sorgen dafür, dass das Regenwasser gerade nach

Starkregen in der Hasenheide bleibt und nicht in die Kanalisation abfließt. Wir probieren verschiedene Maßnahmen aus und beobachten, wie z.B. verschiedene Baumarten oder Sträucher den sich verändernden Bedingungen gewachsen sind.

WELCHE MASSNAHMEN SIND SEITDEM ERFOLGT UND WAS STEHT ALS NÄCHSTES AN?

Der erste Schritt war es, die vorhandene Vegetation zu untersuchen sowie

die Nutzung des Parks zu erfassen. Anfang 2023 wurden dann verschiedene Baumarten, Sträucher und Stauden gepflanzt. Bei den Bäumen haben wir mit unterschiedlichen Grubenformen experimentiert. Unter den heutigen Bedingungen einen Baum zu pflanzen ist viel mehr als nur

ein Loch zu graben. Die Kunst ist es, das Wasser zu den Wurzeln zu bringen und gleichzeitig die Bäume anzuregen, tiefer zu wurzeln – damit sie auch längere Trockenperioden aushalten. Wir haben zudem Gräser und Kräuter ausgesät und bodenlockernde Pflanzen ausgebracht. Aktuell pflanzen wir etwa 280 neue Bäume mit den Erkenntnissen aus dem ersten Bauabschnitt. Das ist ein Kraftakt, aber der ist nötig, wenn auch unsere Kinder und Enkel in der Hasenheide noch Schatten finden sollen.

NEBEN DER HASENHEIDE: WAS PASSIERT ZURZEIT IN NEUKÖLLN IN SACHEN KLIMASCHUTZ?

Wir verbessern im ganzen Bezirk die Bedingungen für die Stadtnatur. Überall wo wir können, vergrößern wir die Baumscheiben – also die unversiegelte Fläche rund um einen Straßenbaum. In der Weisestraße gehen wir noch einen Schritt weiter und entsiegeln nicht nur die Fläche auf dem Gehweg, sondern ein Stück der Straße. Der Boden wird ausgetauscht und der Asphalt wird durch eine wasserdurchlässige Oberfläche ersetzt, der Autostellplatz durch 4-6 Stellplätze für Räder. Im letzten Winter haben wir auf unseren Friedhöfen neue Bäume und Sträucher gepflanzt. Denn in den letzten Jahren sind



Erster Spatenstich für die klimaresiliente Hasenheide: Stadtrat Jochen Biedermann (Grüne) und Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) pflanzen den ersten Baum

zehn Bäumen verloren. Das darf so nicht weitergehen, denn wir brauchen die Hasenheide: zur Naherholung für die angrenzenden, dicht bebauten Kieze, für die Kaltluft in Hitzesommern und als Rückzugsort für die Stadtnatur. Mit dem Modellprojekt wollen wir Neuköllns

KLIMASCHUTZ LOKAL UND VOR ORT: STADTRAT JOCHEN BIEDERMANN IM INTERVIEW



JOCHEN BIEDERMANN ist seit 2016 Stadtrat für Neukölln. Seit 2021 ist er im Bezirksamt für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr zuständig.

viele Pflanzen verloren gegangen – die Klimakrise macht sich auch hier bemerkbar. Ein weiteres Beispiel: In einem Modellversuch mähen wir die Mittelstreifen bestimmter Straßen nur noch einmal pro Jahr. Aus Mittelstreifen werden so Blühstreifen – davon profitieren auch Insekten und Vögel.

WIE WERDEN DIE KLIMASCHUTZMASSNAHMEN VERMITTELT UND WIE WERDEN DIE BÜRGER*INNEN MIT EINBEZOGEN?

Im letzten Jahr gab es viele Führungen und Workshops in der Hasenheide für Familien, Schüler*innen und Interessierte. Die sind sehr gut angenommen worden und es gab ein großes Interesse für das, was wir dort machen, aber auch allgemein für die Hasenheide und die Stadtnatur. Und das ist kolossal wichtig: denn Natur ist

besonders in viel besuchten Parks auf unsere Rücksicht angewiesen. Umweltbildung machen wir aber nicht nur in der Hasenheide, sondern zum Beispiel auch am Naturlehrpfad am Heidekampgraben. Und wir haben die Prinzessinnengärten beauftragt, eine Grünberatung anzubieten, die Grundstückseigentümer*innen bei Fragen zu Entsiegelungen und Begrünung zur Seite steht. Das läuft gerade an und ich verspreche mir viel davon. Denn wir müssen an möglichst vielen Stellen parallel das Richtige und Notwendige tun, nicht nur auf öffentlichen, sondern auch auf privaten Flächen.

WELCHE PROJEKTE STEHEN IN ZUKUNFT AN?

Derzeit wird die Oderstraße zur Fahrradstraße umgebaut. Im Zuge dieser Umgestaltung entsiegeln wir den alten und maroden Radstreifen auf der Westseite der Straße und pflanzen dort neue Bäume. Außerdem haben wir in den letzten Monaten Pläne für den Umbau der Weichsel- und der Elbestraße entwickelt. Entsiegelung und bessere Bedingungen für unsere Straßenbäume spielen auch dabei eine große Rolle. An Ideen, Idealismus und Umsetzungswillen mangelt es uns nicht, wohl aber an Ressourcen. Der Grünbereich ist im kommenden Doppelhaushalt völlig unterfinanziert. Wer aber mehr Stadtnatur, hochwertige Pflege und ökologisches Handwerk

will, muss dafür auch die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Für Neukölln fehlen dafür pro Jahr zwei Millionen Euro. Es bleibt also viel zu tun.



DAS VORKAUFRECHT LEBT!

Das Vorkaufsrecht war für Neukölln ein wichtiges Instrument gegen Verdrängung – mit ihm konnte der Bezirk bei Hausverkäufen einschreiten und stattdessen eine Übernahme durch landeseigene Wohnungsbau-gesellschaften einleiten. 2021 wurde das Vorkaufsrecht jedoch vom Bundesverwaltungsgericht massiv eingeschränkt. Seitdem darf es nur noch angewendet werden, wenn in den Wohnungen erhebliche Missestände vorliegen. Jochen Biedermann hat mit dem Bezirksamt Neukölln ein Konzept für diese „Problemimmobilien“ entwickelt, das nun für die Weichselstraße 52 erstmals angewendet werden konnte: Das Haus wird von der landeseigenen STADT UND LAND übernommen. Gute Nachrichten für die Mieter*innen, die hart dafür gekämpft haben, das Haus vor der Immobilienspekulation zu retten!

EMMAUS-WALD BLEIBT!?!

Im Konflikt um Neuköllns jüngsten Wald ist noch nichts entschieden

Es kommt nicht gerade häufig vor, dass in einer Stadt wie Berlin ein neuer Wald entdeckt wird. So geschehen im Herbst 2023 durch das zuständige Landesamt der Berliner Forsten. Nach deren neuester Einschätzung handelt es sich bei der Natur, die sich in den letzten

an teuren Eigentumswohnungen errichten. Dagegen gibt es Widerstand: Anwohnende genauso wie die Initiative „Emmauswald bleibt“, Baustadtrat Jochen Biedermann (Grüne) und die Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung sprechen sich gegen die geplante

bleibt der Berliner Senat seiner Linie treu, privaten Immobilieninvestoren den schwarz-roten Teppich auszurollen, anstatt sie für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung in die Pflicht zu nehmen.

WIE GEHT'S NUN WEITER – UND WAS KÖNNEN WIR TUN?

Doch noch ist der Konflikt um den Emmaus-Wald nicht entschieden: Die Neueinstufung der Fläche als Wald verleiht diesem einen deutlich höheren Schutz. Hinzu kommt die anhaltende Gegenwehr der Initiative und anderer Teile der Zivilgesellschaft. Auch wir Grüne werden uns weiterhin auf Bezirks- und Landesebene für den Erhalt des Emmaus-Waldes einsetzen. Klar ist, dass bei sämtlichen Planungen zu dem Gelände der neue Waldstatus angemessen berücksichtigt und das Bebauungsverfahren unter Beteiligung der betroffenen Nachbarschaft und Verbände neu aufgerollt werden muss. Wir fordern zudem die Rückgabe der formellen Zuständigkeit vom Land an den Bezirk. Bei all dem wissen wir, dass es noch viele Anstrengungen, ein kluges Vorgehen und jede Menge Unterstützung braucht, bis ein für allemal klar ist: der Emmaus-Wald bleibt!



Der Emmaus-Wald im Herzen Neuköllns

Jahren ein großes Stück des ehemaligen Emmaus-Friedhofs zurückerobert hat, um einen Wald im Sinne des Landeswaldgesetzes. Das könnte ein Wendepunkt im Konflikt um die Zukunft des Areals am südlichen Ende der Hermannstraße sein.

Denn dort will die BUWOG, Eigentümerin des Grundstücks und Tochter des Immobilienkonzerns Vonovia, einen Wohnkomplex mit einem hohen Anteil

Bebauung der Grünfläche aus. Der Wohnungsbau sollte stattdessen auf einen anderen Teil des Grundstücks konzentriert werden.

Die BUWOG ist wie die Vonovia dafür bekannt, die maximale Rendite über eine soziale Wohnraumversorgung zu stellen. Dennoch möchte die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen auf dem Areal bauen lassen. Nach der Ankündigung von Stadtrat Biedermann, den Bebauungsplanentwurf nicht weiter zu verfolgen, hat sie dem Bezirk die Zuständigkeit für das Bauvorhaben entzogen. Damit



Eine ausführliche Version dieses Artikels findet sich hier: gruenlink.de/2qaj



Daniel Wesener,
Mitglied des
Abgeordnetenhauses
von Berlin

STOPPT DIE GEWALT AN FRAUEN



Die Bezirksgruppe zu Besuch beim Frauen-Café Gropiusstadt – zusammen mit dem Projekt Stadtteile gegen Partnerschaftsgewalt

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist so alarmierend wie deutlich: Jede dritte Frau in Deutschland erlebt Gewalt. Jeden Tag versucht ein Mann, seine Frau oder Expartnerin zu töten. An jedem dritten Tag gelingt es ihm. Gewaltschutz ist überlebenswichtig. Diese Hilfe zu stärken ist eine Pflichtaufgabe.

LÜCKEN FÜR DEN GEWALT-SCHUTZ SCHLIESSEN

Leider hat Innensenatorin Spranger keine Fallkonferenzen festgeschrieben. Bei Fallkonferenzen kommen verschiedene Behörden wie Polizei, Sozialämter und Beratungsstellen zusammen. Sie sind wichtige Partner beim Schutz von Frauen. Bei besonders bedrohten Fällen tragen Fallkonferenzen dazu bei, dass schwere Gewalttaten im Vorfeld erkannt werden. Seit 1,5 Jahren sollen sie kommen, doch nichts ist passiert. Wir warten auch auf verlängerte Wegweisungen, die Gewalttätern das

Betreten der meist gemeinsamen Wohnung verbieten. Wir Grüne im Abgeordnetenhaus haben deshalb im November 2023 Fallkonferenzen und Wegweisungen für vier Wochen gefordert.

NACHBARSCHAFT GEGEN GEWALT

Seit diesem Jahr gibt es das Modellprojekt „StoP – Stadtteile

ohne Partnergewalt“ auch in Neukölln. Das Ziel: Gewalthilfe innerhalb der Nachbarschaft stärken. Denn Gewaltschutz ist keine private Angelegenheit. Die Nachbarschaft kann sich präventiv gegen Partner*gewalt einsetzen. StoP informiert mit Flyern in vielen Sprachen und in direkten Gesprächen in den Kiezen.

ANLAUFSTELLE IN SÜD-NEUKÖLLN

Das Frauen-Café Gropiusstadt ist eine wichtige Anlaufstelle in Neukölln. Neuköllner Süden. Seit über 40 Jahren vernetzt das Projekt Frauen, u.a. bei Eltern-Kind-Treffen, Kreativ- und Frühstücksgruppen. Zudem gibt es Beratung zu Gewalt und bei sozialen und rechtlichen Fragen. Hier gilt: Gemeinschaft macht stark.



Bahar Haghanipour,
Mitglied des
Abgeordnetenhauses
von Berlin

HIER FINDEN SIE HILFE

Der Schritt aus der Gewaltspirale ist möglich. Haben Sie Mut – suchen Sie Hilfe!

- BIG Hotline: 030 611 03 00
- Frauenkrisentelefon mit Migrantinnenberatung: 030 6157596
- ZUFF - Schutzwohnungen: 030 694 60 67
- Frauen*NachtCafé von Wildwasser: 030 61620970, Mareschstraße 14
- Frauentreffpunkt Sozialdienst katholischer Frauen - Mehrsprachige, überkonfessionelle Interventionsstelle: 030 6222260, Selchower Str. 11
- SOLWODI – Fachberatung für Geflüchtete und Migrantinnen: 030 81001170, Kranoldstraße 24
- Frauen-Café Gropiusstadt: 030 6024617, Löwensteinring 22
- StoP – Stadtteile ohne Partner*gewalt: 0157 58259313 / 0176 60431946, Emserstr. 15

AUSSTELLUNG „BURIED MEMORIES“ ERÖFFNET

Neukölln auf dem Weg zur postkolonialen Erinnerungskultur?

Am 4. November 2023 eröffnete die Ausstellung Buried Memories im Museum Neukölln. Damit könnte sich der jahrzehntelange Kampf zivilgesellschaftlicher Initiativen für einen postkolonialen Umgang mit dem

zu dem Gedenkstein verschiedene Protestaktionen, die das bis heute fortdauernde Unrecht kritisieren und eine Aufarbeitung einfordern. Insbesondere Israel Kaunatjike, ein in Berlin lebender Herero, ist es zu

Volkgruppen überhaupt nicht erwähnt. Die Bezeichnung als Völkermord wurde wohl durch eine Intervention des Auswärtigen Amtes verhindert. Dass es besser gegangen wäre, wird auch in der aktuellen Ausstellung des Museums deutlich. Dort findet sich eine große Stele, die eindeutig Stellung zum Völkermord bezieht und offenbar eine Alternative zur 2009 verlegten Gedenkplatte gewesen wäre. Den Weg in die Öffentlichkeit fand die Stele aber erst mit der aktuellen Ausstellung.

Wir hoffen, dass mit der Ausstellung „Buried Memories“ endlich eine Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Neukölln beginnt. Mit einem partizipativen Verfahren soll dort ein Vorschlag zur Umgestaltung des Gedenkens entwickelt werden. Wir erwarten, dass dieser Vorschlag anschließend in der Bezirksverordnetenversammlung diskutiert wird und die Umsetzung anschließend zeitnah erfolgt. Für uns ist klar: Tätern eines Völkermordes gebührt kein ehrenhaftes Gedenken.



Ausstellungsraum des Museums Neukölln in Britz

sogenannten „Hererostein“ doch noch einem erfolgreichen Ende nähern.

Während der Name des Gedenksteins auf dem Garnisionsfriedhof Columbiadamm die Opfer des Völkermords an den Ovaherero und Nama in den Mittelpunkt stellt, ist der Gedenkstein selbst das genaue Gegenteil: Dort wird bis heute sieben Tätern der deutschen Wehrmacht gedacht, die am Völkermord beteiligt waren, der zwischen 1904 und 1908 im damaligen „Deutsch Süd-West Afrika“ (heute: Namibia) geschehen ist.

Seit ungefähr 20 Jahren gibt es

verdanken, dass der Stein nicht einfach vergessen wurde. Über sein Engagement für die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte gibt es mittlerweile eine Dokumentation (Titel: *Re: Das Erbe des Kolonialismus. Eine deutsch-namibische Spurensuche*).

Ein erster Versuch des Bezirks, einen besseren Umgang zu finden, war allerdings eine Verschlimmbesserung. Anstatt den voluminösen Völkermordstein zu entfernen, wurde 2009 zu seinen Füßen eine kleine Gedenkplatte hinzugefügt, die zwar den Opfern des Krieges gedenkt, aber die betroffenen



Tjado Stemmermann,
Verordneter in der
Bezirksverordneten-
versammlung
Neukölln

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS RECHTER TERROR IN NEUKÖLLN

Wir lassen nicht locker

Weit mehr als 150 rechtsextreme Straftaten werden dem sogenannten „Neukölln Komplex“ zugeordnet. Sie erstrecken sich über den Zeitraum von 2009 bis 2021. Ermittlungserfolge blieben trotz eines klar eingegrenzten Täterkreises und mehreren Ermittlungsgruppen, die sich mit der Serie befassten, aus. Was also lief schief bei der Aufklärung der Straftaten?

Der 2022 eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur rechten Straftatenserie in Neukölln geht genau diesen Fragen nach: Wie kam es dazu, dass die Ermittlungen bzgl. der vielen Delikte, die u.a. Brandanschläge, Körperverletzung,

gearbeitet und welche Erkenntnisse haben Sie bezüglich der rechtsextremen Strukturen in Neukölln und ganz Berlin erlangt? Wurden eventuell sensible Ermittlungsinformationen durchgestochen? Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz?

Nachdem der Ausschuss zunächst einen guten Überblick über die Sicht der Betroffenen und den Informationsstand der Sachverständigen aus der Zivilgesellschaft bekommen hat, lag der Fokus in diesem Jahr auf der Arbeit der polizeilichen Ermittlungsgruppen. Im Zuge der bisherigen Befragungen wurden zahlreiche Mängel sichtbar: Der Austausch von Informationen



Vasili Franco und André Schulze, Ausschussmitglieder im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum „Neukölln-Komplex“, im Abgeordnetenhaus Berlin

Drohungen, Hakenkreuzschmierereien und die Anfertigung von Feindeslisten beinhalten, kaum Erkenntnisse brachten? Wie haben polizeiliche Ermittlungsgruppen und Staatsanwaltschaft

und Ergebnissen war teils unstrukturiert, die Vorbereitung der Beamten auf die Arbeit in diesem Feld ungenügend, Daten wurden teils unzureichend ausgewertet, Taten wurden nicht in



Für mehr Infos und wenn ihr immer auf dem Laufenden gehalten werden wollt, hört in den Podcast von Vasili Franco und André Schulze rein: gruenlink.de/2qam

Zusammenhang mit der Serie gebracht, und der ständige Wechsel der zuständigen Einheiten sorgte für einen Verlust von Erfahrungswissen, weil der Wissenstransfer nicht funktionierte. Auch die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und dem Verfassungsschutz gestaltete sich teilweise als schwierig.

Je mehr der angeforderten Akten dem Ausschuss nun geliefert werden, desto klarer wird das Bild, desto tiefer können wir in die Befragungen einsteigen, die sich noch bis Mitte 2025 erstrecken werden. Das ist gut so, denn nur so können nicht funktionierende Strukturen und Verfahren klar benannt und Fehler aufgedeckt werden, um die Strukturen zukünftig zu verbessern. Das ist der Untersuchungsausschuss nicht nur den Betroffenen, sondern unserer ganzen Gesellschaft schuldig. Wir wollen, dass Ermittlungen gegen rechte Straftäter nicht weiterhin ins Leere laufen!



André Schulze,
Mitglied des
Abgeordnetenhauses
von Berlin

KIEZBLOCK-UPDATE

Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen, weniger Lärm und Abgase, mehr Orte für Begegnung: Kiezblocks sind das Konzept für lebenswerte Nachbarschaften! Wir bringen Euch auf den neuesten Stand, welche Kiezblocks in Neukölln umgesetzt werden und geplant sind.

REUTERKIEZ

Nordöstlich des Hermannplatzes wird seit November 2023 umgestaltet: Das Bezirksamt hat mit der Umsetzung der ersten Maßnahmen für das Verkehrskonzept Reuterkiez begonnen. Durch Einbahnstraßen, Quer- und Diagonalsperren verschwindet der Durchgangsverkehr bald aus dem Kiez. Die Sperren durch Poller sind so angeordnet, dass Autos sie nicht passieren können, Fahrradfahrer*innen und Passant*innen jedoch schon. Dennoch bleiben alle Adressen im Kiez mit dem Auto erreichbar – nur das Durchfahren ist nicht mehr möglich.

RIXDORF

Zwischen Karl-Marx-Straße und Sonnenallee sind die Planungen weit fortgeschritten. Um zufriedenstellende Lösungen auch für den Lieferverkehr zu finden, wurden im vergangenen Jahr viele Gespräche geführt und die Pläne sorgfältig geprüft. Nun sind die Maßnahmen ausgearbeitet und werden nach der Umsetzung des Reuter-Kiezblocks auf die Straße gebracht.

SCHILLERKIEZ

Seit Juli 2023 wird an einem Verkehrskonzept für den Schillerkiez gearbeitet. Es wurden Grundlagen u.a. zur Verkehrsbelastung ermittelt, es folgten Beteiligungsveranstaltung zum Ende des Jahres, bei welchen Anregungen und Ideen der Bewohner*innen aufgenommen wurden. Ausgehend von den Ergebnissen der Beteiligung werden weitere Maßnahmen für den Kiez entwickelt.

KÖRNERKIEZ

Für einen Kiezblock im Körnerkiez hat das Bezirksamt in der zweiten Jahreshälfte 2023 kurzfristig Mittel erhalten. Hier startet bald die Bürger*innenbeteiligung. Unterstützung für die Umsetzung gibt es auch durch Anwohner*innen und die Bezirksverordnetenversammlung (BVV): In der BVV-Sitzung im November 2023 stimmten die Verordneten mehrheitlich für einen Einwohner*innenantrag, der sich für einen Körnerkiezblock ausspricht.

KRANOLDKIEZ

Per Einwohner*innenantrag hatten Bürger*innen im Kranoldkiez verkehrsberuhigende Maßnahmen für ihre Nachbarschaft gefordert – die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat den Antrag im November 2023 angenommen.



UND WIE GEHT ES DER BVV-FRAKTION?

Kathy Herrmann Aguero — mit 22 Jahren jüngstes Mitglied in der Bezirksverordnetenversammlung — erzählt

Im Spätsommer verließ Ina Soetebeer aus beruflichen Gründen die Fraktion und Bernd Szczepanski ging in den Ruhestand. Wir danken sehr für ihre wertvolle Arbeit und wünschen beiden alles Gute! Bernd bleibt uns zum Glück als Bürgerdeputierter im Sozialausschuss erhalten und teilt seine reiche Erfahrung mit uns. Seit dem Abschied der beiden aus der Fraktion sind Wolfgang Ewert und ich dabei. Unser Einstieg war gleich begleitet von intensiven Haushaltsverhandlungen. Bis spät abends wurde in vielen Ausschüssen diskutiert und hart verhandelt. Im Sozialbereich waren durch die zu geringen Mittelzuweisungen des Landes Kürzungen zu befürchten und auch der Wegfall des Wachstums an den Schulen war ein wichtiges Thema. Es ging darum, das Beste rauszuholen. Am Ende konnte der Haushalt beschlossen werden. Im Herbst ging es unter anderem weiter mit grüner

Verkehrspolitik und dem Voranbringen der Kiezblocks – mehr dazu im Kiezblock-Update auf Seite 10. Deutlich wurde: Die Bezirke brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung!

Natürlich ist unsere Arbeit für die BVV auch überschattet vom Krieg in Israel und Gaza mit seinen Auswirkungen – auch auf unser Zusammenleben hier in Neukölln – das geht uns allen in der Fraktion sehr nahe.

Eine gute Nachricht ist: Neukölln hat seit dem 20. November endlich ein Kinder- und Jugendparlament! Wir setzen uns auf Bezirksebene dafür ein, dass das Parlament ein richtiges Mitsprache- und Antragsrecht bekommt.

Ich freue mich, in der Fraktion zu sein und

hoffe, dass wir noch mehr für Neukölln erreichen können. Wichtig ist mir, dass wir weiter gemeinsam gegen Rechtsextremismus vorgehen sowie der Kampf gegen immer höhere Mieten und gegen die steigende Armut.

*Kathy Herrmann Aguero
im Rathaus Neukölln*



IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln**

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

V.i.S.d.P.: Lisa Ruppel, Christina Hilmer-Benedict

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Andreas Audretsch, Jochen Biedermann, Freya Engel, Anne Geib de Gruttadauria, Bahar Haghanipour, Kathy Herrmann Aguero, Susanna Kahlefeld, Angela Korte, Johann Schily, André Schulze, Linda Schwarz, Julia Maria Sonnenburg, Tjado Stemmermann, Daniel Wesener

Layout & Gestaltung: Johann Schily

Internet: gruene-neukoelln.de

Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder.

Bildrechte (sofern nicht anders angegeben und mit Ausnahme der Portraits): Johann Schily

Räume und echte Beteiligung für eine selbstorganisierte, kritische, vielfältige Zivilgesellschaft. *Susann Worschech, BVV Neukölln*

Eine Politik, die Klimaschutz und Soziales zusammendenkt und -führt. *Philmon Ghirmai, Landesvorsitzender Grüne Berlin*

Mehr Gleichstellung für mehr Demokratie. *Bahar Haghanipour, MdA*

Konflikten weltweit zum Trotz: In Neukölln Zusammenhalt und Solidarität vorleben. *Andreas Audretsch, MdB*

Gegen Verdrängung und Spekulation: Eine Neuregelung des Vorkaufsrechts auf Bundesebene. *Jochen Biedermann, Stadtrat*

Ein Neukölln ohne Armut. *Kathy Herrmann Aguero, BVV Neukölln*

Mehr Platz für Anwohner*innen durch Parkraumbewirtschaftung. *Jan Stiermann, BVV Neukölln*

Gutes Miteinander von Mensch und Tier: Nachhaltiges Taubenmanagement im Bezirk! *Femke Huster, Vorstand Grüne Neukölln*

Ein starkes Neuköllner Engagement für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik und gegen Asylrechtsverschärfungen. *Lisa Ruppel & Christina Hilmer Benedict, Vorstand der Grünen Neukölln*

Gegen Transfeindlichkeit: Ein progressives Selbstbestimmungsgesetz. *Vorstand der Grünen Jugend Neukölln*

Kein Fußbreit für Rassismus und Antisemitismus! *Antonia Tretter, Sprecherin der AG Antifaschismus*

Dass Berlin Berlin bleibt: Mit einer vielfältigen Kulturlandschaft und kreativen Freiräumen! *Daniel Wesener, MdA*

24 WÜNSCHE FÜR EIN GRÜNES JAHR 2024

Perspektiven, Partizipation und gesicherte Unterbringung für Geflüchtete. *Samira Tanana, BVV Neukölln*

Ein weiterhin freies Tempelhofer Feld für alle. *Rahul Schwenk, Vorstand Grüne Neukölln*

An Schulen, in Behörden, im Verein: Diskriminierung bekämpfen! *Kadir Şahin, BVV Neukölln*

Treffpunkte, Jugendclubs, Beratungsstellen: Gesicherte Finanzierung für die soziale Infrastruktur Neuköllns. *Beate Bruker, BVV Neukölln*

Menschen vor Profite: Ein Moratorium für alle SIGNA-Bauprojekte in Berlin. *Susanna Kahlefeld, MdA*

Faktenbasierte Drogenpolitik: Neukölln als Modellregion für Cannabislegalisierung. *Tjado Stemmermann, BVV Neukölln*

Lebenswerte, bezahlbare und grüne Kieze. *Sofie Krotter, BVV Neukölln*

Housing First: Unterbringung und Betreuung von wohnungslosen Menschen – gerade in den kalten Monaten. *Malte Spielmann, Vorstand Grüne Neukölln*

Ökologische Mobilität für Innen- und Außenbezirke. *Ulrike Klein, Sprecherin der AG Süd-Neukölln*

Ein Deutschland-Ticket auch über 2024 hinaus! *Stella Weißenburg, Vorstand Grüne Neukölln*

Eine gut aufgestellte Sozialberatung im Süden und im Norden Neuköllns! *Maimouna Ouattara, BVV Neukölln*

Für Investitionen in Klimaschutz und Transformation: Eine grundlegende Reform der Schuldenregeln auf Bundesebene. *André Schulze, MdA*